



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 28. April 2023
(OR. en)

8675/23

JEUN 77
SOC 278

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Gewährleistung der Inklusion junger Menschen in die Gesellschaften der EU: Schwerpunkt auf der Inklusion junger Ukrainerinnen und Ukrainer - <i>Orientierungsaussprache</i>

Nach Anhörung der Mitglieder der Gruppe „Jugendfragen“ hat der Vorsitz das beiliegende Hintergrunddokument ausgearbeitet, das als Grundlage für die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 15./16. Mai 2023 dienen soll.

Gewährleistung der Inklusion junger Menschen in die Gesellschaften der EU: Schwerpunkt auf der Inklusion junger Ukrainerinnen und Ukrainer

Eine der thematischen Prioritäten des neunten Zyklus des EU-Jugenddialogs ist das EU-Jugendziel Nr. 3 „Inklusive Gesellschaften“. Im Rahmen dieses Ziels werden mehrere Erfordernisse der sozialen Inklusion hervorgehoben, wie die Erkenntnis, dass junge Menschen mehrfachen Formen der Diskriminierung ausgesetzt sind, der gleichberechtigte Zugang zu formaler und non-formaler Bildung und die Bereitstellung von Informationen für benachteiligte junge Menschen. Unter Jugendziel Nr. 3 wird außerdem darauf hingewiesen, dass mehr Räume, Chancen und Mittel für die bessere Inklusion junger Menschen bereitgestellt sowie der Dialog und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert werden müssen; gleichzeitig ist gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorzugehen. Die drei Eckpfeiler der EU-Jugendstrategie „Beteiligung. Begegnung. Befähigung.“ sind grundlegende Schwerpunktbereiche der Bemühungen, die Inklusion aller jungen Menschen in die Gesellschaft zu ermöglichen und sicherzustellen.

Derzeit besteht in den europäischen Gesellschaften keine Chancengleichheit für junge Menschen. Eurostat-Daten zufolge war 2021 ein Viertel (25,3 %) der jungen Menschen in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Bei Menschen aller Altersgruppen war der Anteil mit etwas über einem Fünftel (21,7 %) niedriger¹. Junge Menschen, die entweder allein oder mit ihren Eltern in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sind pessimistischer in Bezug auf ihre Fähigkeit, in den meisten Lebensbereichen etwas zu erreichen. Mangelnde Inklusion führt zu einem geringeren Zugehörigkeitsgefühl und schmälert auch das Vertrauen in die Institutionen. Es ist Aufgabe der Politik, ein sicheres Umfeld für die Teilhabe junger Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft zu schaffen, insbesondere für junge Menschen mit geringeren Chancen. Psychische Probleme und Einsamkeit sind ebenfalls Faktoren, die sich überschneiden und die soziale Inklusion behindern können. Diese Probleme wurden durch die COVID-19-Pandemie verschärft, die enorme Auswirkungen auf junge Europäerinnen und Europäer hatte und auch weiterhin hat. Die Ungleichheit in Bezug auf die Menschenrechte und die sozialen Rechte junger Menschen mit geringeren Chancen, wie etwa der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, sind im Laufe der Pandemie noch deutlicher zutage getreten.

¹ Young people in Europe — a statistical summary 2022 edition (Junge Menschen in Europa – eine statistische Zusammenfassung – Ausgabe 2022).

Zudem leben nun viele junge Ukrainerinnen und Ukrainer aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine als verübergehend Vertriebene in der EU und sehen einer unsicheren Zukunft entgegen. Die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger leiden unter den Folgen eines umfassenden Krieges, unter Traumata und unter Vertreibungen in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr beobachteten Ausmaß und Tempo. Fast 4 Millionen Menschen aus der Ukraine – darunter viele Kinder und Jugendliche – genießen vorübergehenden Schutz in der Europäischen Union. Mit dem Durchführungsbeschluss des Rates zur Aktivierung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz wird jungen Menschen neben weiteren Rechten der Zugang zu Beschäftigung, Unterkunft, Sozialhilfeleistungen und medizinischer Versorgung gewährt. Darüber hinaus wird jungen Menschen unter 18 Jahren mit der Richtlinie das Recht auf Bildung zugestanden.

EU-Mittel werden auch über Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps mobilisiert, um die Menschen, die nach der umfassenden Invasion Russlands aus der Ukraine fliehen, zu unterstützen. Im Arbeitsprogramm 2023 des Europäischen Solidaritätskorps wird unter anderem die Unterstützung von Personen, die vor bewaffneten Konflikten fliehen, sowie von Opfern von Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachten Katastrophen als neue thematische Priorität für die zentralisierte Maßnahme „Freiwilligenteams in Bereichen mit hoher Priorität“ des Programms vorgesehen. Das Europäische Jugendportal bietet auch praktische Informationen über die Rechte junger Menschen aus der Ukraine und entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten.

Ogleich in der EU für Menschen, die vor dem Krieg fliehen, viel getan wird, befinden sich Tausende junger Menschen aus der Ukraine in einer Situation, in der sie in einem fremden Land bei Null anfangen müssen. Für viele ist dies eine Herausforderung, die sie ohne die Hilfe von Familie oder Freunden bewältigen müssen. Es ist dringend erforderlich, diese jungen Menschen durch den Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Freizeitaktivitäten zu unterstützen und ihnen so zu einem Gemeinschaftsgefühl zu verhelfen.

Die EU muss sicherstellen, dass junge Menschen im Einklang mit internationalen Erklärungen und Übereinkommen ihre Rechte ausüben können. Alle jungen Europäerinnen und Europäer sollten gute Lebensbedingungen, Beschäftigungsperspektiven und die Möglichkeit zur eigenen Lebensgestaltung haben. Zu Letzterem gehört auch die Möglichkeit, auf die Politikgestaltung und die Entwicklung der Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Um die bestmöglichen Maßnahmen festzulegen, müssen wir jedoch bedenken, dass innerhalb der Gruppe, die wir als „junge Menschen“ bezeichnen, eine Vielzahl von Identitäten existiert. Unterschiedliche Gruppen junger Menschen haben unterschiedliche Fähigkeiten, Bedürfnisse, Meinungen, Ressourcen und Interessen. Daher sind die zu bewältigenden Herausforderungen und die in Erwägung zu ziehenden Chancen vielfältig. Daher ist es notwendig, einen umfassenden Ansatz zu verfolgen und inklusive und partizipative Maßnahmen zur Bewältigung dieser Probleme zu entwickeln. Sozioökonomische und demokratische Ausgrenzung gehen Hand in Hand und bewirken Folgen, die Europa nicht hinnehmen kann. Um ein Europa für alle jungen Menschen zu schaffen, müssen alle oben genannten Aspekte berücksichtigt werden. Inklusion schafft Vertrauen.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister ersucht, sich mit folgenden Fragen zu befassen (die Redebeiträge sind auf höchstens drei Minuten begrenzt):

1. Wenn wir von der Inklusion aller jungen Menschen in der gesamten EU sprechen, müssen wir die Heterogenität der Gruppe „junge Menschen“ im Auge behalten. Wie sollen wir dem bei der Konzipierung politischer Maßnahmen im Interesse aller jungen Menschen in unseren Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene Rechnung tragen?
2. Welche guten Beispiele gibt es in Ihrem Land für eine bessere Einbeziehung junger Menschen mit geringeren Chancen in die Gesellschaft und in den Entscheidungsprozess auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene?
3. Welche guten Beispiele gibt es in Ihrem Land für die soziale Inklusion vorübergehend vertriebener junger Menschen aus der Ukraine?